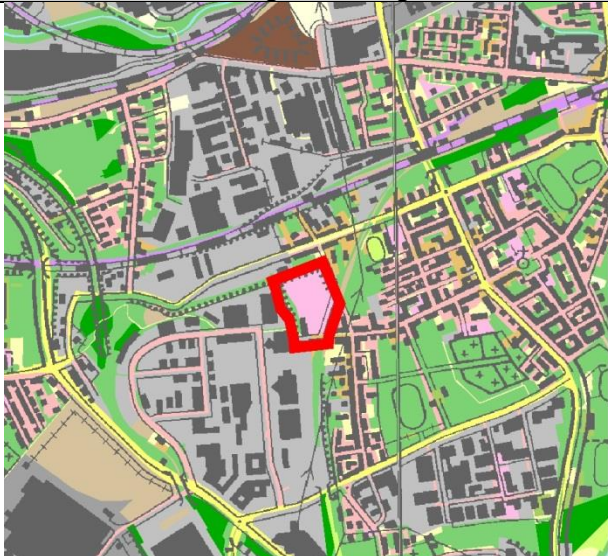

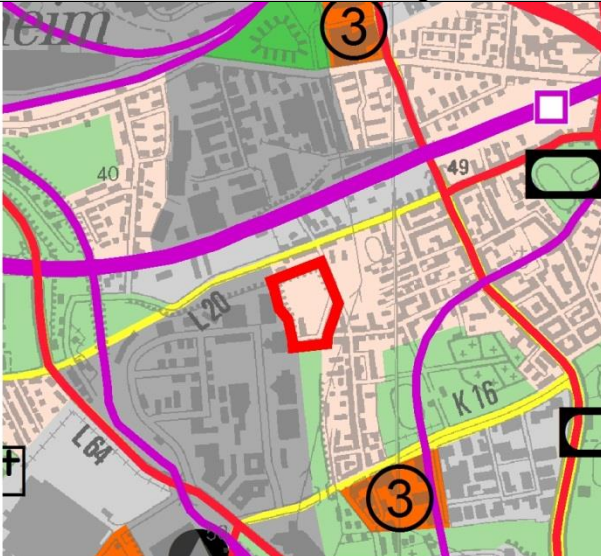


Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:		40 E	Gemeinde:	Essen	Lage:	Bäuminghausstraße/Hövelstraße (Baggerübungsplatz)		Flächengröße:	2,8 ha
Realnutzung:	Wohnbauflächen Gewerbliche Bauflächen Gemeinbedarfsflächen Grünflächen		0,1 ha 0,1 ha 2,3 ha 0,3 ha		RFNP-Darstellung:	Grünflächen / Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche 2,8 ha		RFNP-Änderung :	Wohnbauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche 2,8 ha
Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1 : 25.000					Ausschnitt Plankarte RFNP M 1 : 25.000			Ausschnitt Plankarte RFNP-Änderung M 1 : 25.000	
									
<small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small>					<small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small>			<small>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</small>	
Veranlassung, Methodik			<p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Durchführungsverordnung (DVO) zum Landesplanungsgesetz (LPIG) und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie weiteren Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB ist in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso III etc.). Die in Anlage 1 zum BauGB unter 2 b) einschließlich der dort unter den Buchstaben aa) bis hh) aufgeführten Anforderungen werden - sofern zutreffend und für diese Planungsebene relevant - einzelfallbezogen jeweils bei den einzelnen Schutzgütern mit abgehandelt.</p>						

	<p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfanges und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt (schriftlich, 28.01. bis zum 28.02.2019). Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfanges sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden. Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>
Beschreibung des Vorhabens	<p>Der ca. 2,8 ha große Änderungsbereich liegt im Westen des Stadtteils Altenessen-Süd, Stadtbezirk V. Er wird im Norden begrenzt durch die privaten Grundstücke an der Hövelstraße, im Osten durch einen Bahndamm, im Süden durch die Bäuminghausstraße und im Westen durch den Gewerbepark M1. Bei der Fläche handelt es sich um das ehemalige Betriebsgelände des Wetterschachtes „Barbara“ der Zeche Vereinigte Helene und Amalie im Stadtbezirk Altenessen-Süd. Die baulichen Anlagen der ehemaligen Zeche wurden Ende der 1960er Jahren weitgehend zurückgebaut. Das bestehende Werkstattgebäude und die Nutzung der Fläche als Baggerübungsplatz wurde Anfang der 1970er Jahre in Betrieb genommen. Aufgrund dieser Nutzung ist das Gelände stark überformt und durch dauerhafte Geländeverschiebungen geprägt. Bauliche Anlagen bestehen noch im Südwesten des Grundstücks (u. a. Halle mit Werkstatt, Sozialbereich und Unterstellbereich für Geräte, Tankstelle). Innerhalb der Fläche sind nur vereinzelt Gehölzstrukturen vorhanden. Bei den randlichen Gehölzstreifen im Norden und Westen handelt es sich um Wald im Sinne des Landesforstgesetzes (LFoG NRW). An der nördlichen und östlichen Grenze wird das Grundstück von einer bis zu 3,50 m hohen Bruchsteinmauer als Stützwand gehalten, die das Gelände zu den angrenzenden, tiefer liegenden Nachbargrundstücken hin sichert. Der Änderungsbereich liegt an der Nahtstelle von Wohnen und Gewerbe. Östlich und südlich schließt ein Wohnsiedlungsbereich mit überwiegend viergeschossigen Mehrfamilienhausstrukturen an die Bäuminghausstraße und die Kleine Hammerstraße an. Der Siedlungsbereich ist durch großzügige Kleingartenstrukturen im rückwärtigen Bereich der Blockrandbebauungen geprägt. Über die Bäuminghausstraße und die Kleine Hammerstraße ist der Änderungsbereich verkehrlich an die nächsten Hauptverkehrsstraßen Gladbecker Straße und Berthold-Beitz-Boulevard angebunden. Westlich befindet sich das Gewerbegebiet M1 mit großflächigen Hallengebäuden. Nördlich der Fläche grenzt ein heterogen strukturiertes Quartier an der Hövelstraße mit Wohnen, Dienstleistung, Kleingewerbe und Einzelhandels-Nahversorgungseinrichtungen an. Es ist über einen schmalen Fuß-/Radweg, der auf der östlichen Seite des Änderungsbereichs verläuft, zu erreichen. Der südöstlich an den Änderungsbereich angrenzend verlaufende Damm einer ehemaligen Bahntrasse, ist zukünftig für den Ausbau des Grünzuges Zangenstraße mit Rad- und Fußweg vorgesehen, der sich von der Rheinischen Bahn (Radschnellweg Ruhr / RS1) bis zum Bahnhof Altenessen erstrecken wird.</p> <p>Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan auf der Ebene des Flächennutzungsplans als „Grünfläche“ dargestellt. Auf der Regionalplanebene stellt der RFNP den Änderungsbereich als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ dar. Die Darstellung wird in „Wohnbaufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich“ geändert. Für den Änderungsbereich liegt bisher kein rechtskräftiger Bebauungsplan vor.</p> <p>Im Vorfeld des parallel zum RFNP-Änderungsverfahren durchgeführten Bebauungsplanverfahrens wurde 2017 ein städtebauliches Wettbewerbsverfahren durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden vertiefende Gutachten erstellt (Baugrund/Altlasten, Lärm, Artenschutz, Kampfmittel), die in der nachfolgenden Bewertung der Umweltauswirkungen berücksichtigt wurden.</p>
Ziele des Umweltschutzes	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen des am 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans NRW sowie der Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan (in Kraft treten 06.08.2019) wird auf Teil A der Begründung zu dieser RFNP Änderung verwiesen. Die Ziele des Umweltschutzes auf Ebene der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen in der jeweils aktuellen Fassung haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfungen Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden. Diese sind damit Grundlage der Bewertung der Umweltauswirkungen bei den einzelnen Schutzgütern.</p>

Schutzgüter	Ist-Zustand der Umwelt Bestand	Auswirkungen der Planung Planung	Bewertung der Umwelt- auswirkungen
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft	<p>BSN / BSLE-Festlegungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan): kein BSN/BSLE betroffen</p> <p>Darstellungen des Landschaftsplans: Landschaftsplan nicht betroffen</p> <p>Schutzstatus: kein Schutzstatus</p> <p>Biotopverbund: keine Bedeutung für den Biotopverbund</p> <p>Planungsrelevante Arten: Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Vorprüfung (Stufe 1) haben sich im Plangebiet und in seiner Umgebung keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer Arten entsprechend der VV-Artenschutz (Erlass III 4 – 616.06.01.17 des MUNLV vom 13.04.2010) ergeben. Die artenschutzrechtliche Prüfung wurde auf der Grundlage ausreichender Ermittlungen vorgenommen. Insbesondere wurden die beim LANUV vorliegenden Fachinformationen (FIS) ausgewertet.</p> <p>Wald: Gehölzstreifen am West- und Nordrand Wald vorhanden, Wald nach LFoG NRW</p> <p>Ökologisches Potenzial: aufgrund der Vornutzung und der Lage nur geringes ökologisches Potenzial; Schutzwürdigkeit besteht nicht.</p> <p>Grünzüge und kommunaler Freiflächenverbund:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unzerschnittene verkehrsarme Räume (LANUV 2015): nicht betroffen - Regionaler Grünzug im RFNP: nicht betroffen - Kulisse Emscher Landschaftspark 2010 /2020+: nicht betroffen - Kulisse Masterplan emscherzukunft: nicht betroffen - Kommunaler Freiflächenverbund (Themenkarte 2 RFNP): nicht betroffen 	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen zu erwarten</p> <p>ggf. Verlust von Teilflächen des Waldes nach LFoG NRW, Regelungsbedarf Waldersatz im nachgeordneten Bebauungsplanverfahren.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich

	<p>- Kommunale Freiraumentwicklungskonzepte: am östlichen Rand verläuft der "Grünzug Zangenstraße" auf ehemaliger Bahntrasse (geplanter Ausbau)</p> <p>Ausgleichsflächen: keine Ausgleichsfläche betroffen</p> <p>Landschaftsbild: Stadtbild betroffen</p> <p>Erholung: nicht betroffen</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Stadtbild wird neu gestaltet</p> <p>bisher war das private Gelände eingezäunt, daher keine Auswirkungen</p>	
Fazit	Die Nutzungsänderung einer stark überformten und bisher intensiv genutzten Fläche für Wohnbebauung verursacht nur geringfügige Auswirkungen auf das Schutzgut, die als nicht erheblich einzustufen sind.		
Fläche	Größe (ha) und Art der realen Flächennutzung (FNK): 2,5 ha Bau- bzw. Gemeinbedarfsflächen, 0,3 ha Grünflächen	Umwandlung überwiegend intensiv genutzter Gewerbeflächen in Wohnbauflächen	nicht erheblich
Fazit	Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals intensiv gewerblich genutzten Fläche einher. Es werden keine Flächen mit freiraumtypischer Nutzung in Anspruch genommen. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche werden daher als nicht erheblich eingestuft.		
Boden	<p>Schutzwürdige Böden: nicht betroffen, da anthropogen überprägt</p> <p>Bodenbelastungen: Fläche wird im Altlasten-Kataster unter der Nr. 25/1.04 (ehem. Zeche Sälzer-Amalie, Schachanlage Barbara) geführt. GA der AEW Plan aus Dez. 1990 sowie eine Bewertung von Grund und Boden aus geotechnischer und umwelttechnischer Sicht, Erdbaulaboratorium Essen, vom 13.05.2016 liegen vor, demnach sind Anschüttungen von 2,0 bis zu 5,5 m Mächtigkeit vorhanden.</p> <p>Sonstiges: Es ist ein Schachtschutzbereich gem. Stellungnahme der BR Arnsberg vom 21.12.2012 betroffen</p> <p>Auf dem Gelände wurde Recyclingmaterial auf einer Fläche von 9.500 m² eingebaut</p> <p>Schutzwürdige Geotope: keine vorhanden</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>Im Rahmen nachgelagerter Verfahren ist mit Nebenbestimmungen zu rechnen.</p> <p>Auf ausreichende Sicherheitsabstände ist zu achten.</p> <p>Im Rahmen nachgelagerter Verfahren ist mit Nebenbestimmungen der unteren Wasserbehörde zu rechnen</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich
Fazit	Es werden nur anthropogen überprägte Böden überplant, wobei in nachgelagerten Verfahren die Altlasten- und Bergbausituation nutzungsabhängig berücksichtigt werden muss.		
Wasser	<p>Oberflächengewässer: keine</p> <p>Quellgebiete: keine</p> <p>Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: keine</p>	<p>keine</p> <p>keine</p> <p>keine</p>	erheblich

	<p>festgesetztes Überschwemmungsgebiet: keine</p> <p>Hochwassergefahren außerhalb von Überschwemmungsgebieten: keine</p> <p>Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt: Versiegelungsgrad ist sehr gering.</p> <p>mittlerer Grundwasserflurabstand: > 3 m</p>	<p>keine</p> <p>keine</p> <p>Erhöhung des Versiegelungsgrades ist erheblich</p> <p>nicht erheblich</p>	
Fazit	Das Gelände ist heute weitestgehend unversiegelt, dies wird sich durch die Planung erheblich verändern. Es ist davon auszugehen, dass der Untergrund nicht für eine Versickerung von Niederschlagswasser geeignet ist. Minderungsmaßnahmen sind im nachgelagerten Verfahren in Form von Dachbegrünungen und naturnahen Retentionsmaßnahmen (z.B. abgedichtete Retentionsmulden) zu prüfen.		
Luft	<p>Lufthygienische Belastungsschwerpunkte: Die Fläche liegt im Nahbereich des verkehrlichen NO₂-Belastungsschwerpunktes Gladbecker Straße.</p> <p>Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation: Die Fläche liegt in der Umweltzone Ruhrgebiet. Es gibt aktuell keine Hinweise auf drohende Grenzwertüberschreitungen im Nahbereich der Fläche.</p> <p>Durchlüftungsverhältnisse: Die Fläche sorgt für eine Auflockerung der umgebenden Siedlungsfläche und fungiert derzeit als Emissionssenke.</p>	<p>Im Zuge der Neuordnung werden Emissionen durch eine Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs erwartet.</p> <p>Mit Umsetzung der geplanten Bebauung sind grundsätzlich auch Auswirkungen auf die Luftbelastung im Umfeld des Plangebietes möglich. Die neu entstehenden Ziel- und Quellverkehre können zu Mehrbelastungen am nahegelegenen Hots Spot und den die Fläche umgebenden Straßen führen. Nachteilige Auswirkungen sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu ermitteln und im Umweltbericht darzustellen. Es ist ein Verkehrsgutachten notwendig, um den Ist-Zustand und die Mehrverkehre abzubilden. Auf der Basis dieser Verkehrsprognosen werden Immissionsgutachten als erforderlich betrachtet, in dem die Betroffenheit und die notwendigen Entlastungsmaßnahmen aufgezeigt werden.</p> <p>Eine bauliche Verdichtung erhöht die Oberflächenrauigkeit des Areals. In Verbindung mit einem zunehmenden Verkehrsaufkommen sind erhöhte Schadstoffkonzentrationen im Bereich der Hövel- und Bäuminghausstraße nicht auszuschließen.</p>	erheblich
Fazit	Die Zunahme der Emissionen kann nicht abgeschätzt werden. Aufgrund des zunehmenden Verkehrsaufkommens werden die Auswirkungen, vor allem im Umfeld der Fläche als erheblich eingestuft.		
Klima	Last- und Ausgleichsräume: Lage im Lastraum von Gewerbe und Industrie mit erhöhter bioklimatischer u. lufthygienischer Belastung und intensiver Flächeninanspruchnahme, östlich im Übergang zum Lastraum der Stadtrandbebauung.	Mit Umsetzung der Planung verschiebt sich die bioklimatische Funktion der Fläche voraussichtlich zum ausschließlichen Lastraum der Stadtrandbebauung mit geringerer Nutzungsintensität.	nicht erheblich

	<p>Klimatope und deren Eigenschaften: Lokalklimatisch dem Gewerbe- und Industrieklima zuzuordnen; randlich bioklimatisch positiv wirksame Gehölze, jedoch ohne bedeutende Fernwirkung.</p> <p>Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: keine Belüftungsbahnen betroffen</p> <p>Klimawandelanpassung: Generell sind bis Mitte des Jahrhunderts eine Zunahme der Sommertage, heißen Tage und Tropennächte zu erwarten. Zur Zeit weist der Änderungsbereich überwiegend aufgrund mangelnder Beschattung ein erhöhtes Aufheizungs-potenzial auf. Der randliche Gehölzbestand dämpft Temperatur und Strahlungsextreme und trägt mit seinem positiven Eigenklima zu einer bioklimatischen Wohlfahrtswirkung beiträgt (Schattenwurf, Abkühlung der gefühlten Temperatur an Hitzetagen).</p> <p>Da keine Oberflächengewässer im Plangebiet oder seiner Umgebung vorhanden sind, gibt es keine Hochwassergefährdung (siehe Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten)</p> <p>Die Änderungsfläche ist bei Starkregenereignisse nicht durch Überflutungen gefährdet (lt. Überflutungskarte bezogen auf ein 100jähriges Regenereignis). Am östlichen Grundstücksrand (außerhalb des heutigen Geländes) bildet sich bei Starkregen ein stärkerer Abfluss von Oberflächenwasser (s. Fließwegkarte).</p> <p>Klimaschutz: Das Plangebiet ist gut an den ÖPNV und das örtliche Radverkehrsnetz angebunden. Eine südöstlich an den Änderungsbereich angrenzende stillgelegte Bahntrasse ist in den Grünzug Zangenstraße eingebunden, über den u.a. der Stadtteil Altenessen-Süd an den Radschnellweg Ruhr (RS 1) angebunden ist. Darüber hinaus sind keine weiteren Maßnahmen zum Klimaschutz im Plangebiet bekannt.</p>	<p>Mit Umsetzung der Planung verschiebt sich die lokalklimatische Zuordnung voraussichtlich zum Stadtrandklimatop</p> <p>Zunahme der Rauigkeit; Barrierebildung für Luftaustauschprozesse infolge von Bebauung potenziell möglich</p> <p>potenzieller Verlust der hinsichtlich Temperatur- und Strahlungsextreme ausgleichenden Vegetationsflächen</p> <p>keine Hochwassergefährdung</p> <p>keine Gefährdung des Plangebietes durch Starkregenereignisse</p> <p>Die Einhaltung der Energie-Einspar-VO und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bilden den Mindeststandard zur Reduzierung des Energieeinsatzes und von Emissionen. Energetische Optimierungen sind im nachgelagerten Verfahren entsprechend des "Leitfadens für eine energetisch optimierte Stadtplanung" zu prüfen.</p>	
Fazit	<p>Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals intensiv gewerblich genutzten Fläche einher. Die derzeit dem Lastraum von Gewerbe und Industrie zugeordnete Fläche, ist mit Umsetzung des Planvorhabens dem gemäßigerem Lastraum der Stadtrandbebauung zuzuordnen. Das Plangebiet ist durch zwei Buslinien und zwei U-Bahn-Linien an das Essener ÖPNV-Netz sowie an das örtliche Radverkehrsnetz angebunden. Die Auswirkungen durch das Planvorhaben auf das Schutzgut Klima werden als nicht erheblich eingestuft. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung oder Gefährdung durch Starkregenereignisse. Zur Minderung potenziell negativer Umweltauswirkungen und zur Anpassung an Folgen des Klimawandels sollten für die künftige Wohnbevölkerung in nachgeordneten Verfahren vorsorglich Maßnahmen festgelegt werden, die zur Klimaanpassung gegenüber Hitze und Starkregenereignisse beitragen. Weitere Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen, insbesondere der Erhalt und die Entwicklung von positiv klimawirksamen Flächen, sind im nachgelagerten Verfahren zu prüfen. Aufgrund der Lage der Fläche zwischen vorhandenen Grünzügen sollte ihr Potenzial im Rahmen der Vernetzung städtischer Grünzüge genutzt werden.</p>		

Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	<p>Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit</p> <p>Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Wald am West- u. Nordrand. Geplanter Radweg auf Bahntrasse. Kein Erholungsbereich. Stadtbildveränderung.</p> <p>Boden: Altlastenfläche, Schachtschutzbereich betroffen. Einbau von Recyclingmaterial</p> <p>Wasser: kein Überschwemmungsgebiet kein Trinkwasserschutzgebiet kein Trinwassernotbrunnen</p> <p>Luft: Die Fläche selbst ist immissionsseitig unauffällig.</p> <p>Klima: Lastraum von Gewerbe und Industrie, Staub, Luftbelastung.</p> <p>Lärm: Die nördliche Hälfte des Grundstücks ist nach Umgebungslärberechnung des Jahres 2016 von den Schienenstrecken des Bundes mit einem Lärmpegel zwischen 55 und 60 dB(A) und die südliche Hälfte zwischen 50 und 55 dB(A) belastet. Die nächtliche Lärmbelastung liegt in der nordwestlichen Ecke zwischen 50 bis 55 dB(A) und die restliche Fläche zwischen 45 und 50 dB(A). Nach Umgebungslärberechnungen liegt der Straßenlärm der Hövelstraße am Gesamttag (24h) unter 55 dB(A).</p> <p>In nördlicher, westlicher und südlicher Richtung liegen gewerbliche Nutzungen.</p> <p>Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG:</p>	<p>Verlust von Teilflächen des Waldes sollte durch Begrünung entgegen gewirkt werden. Grünzug und Bahndamm für Radweg erhalten- Zuwegung ermöglichen. Stadtbildneugestaltung</p> <p>Nutzungsbezogene Sicherung / Sanierung belasteter Böden auch aus Gesichtspunkten der gesundheitlichen Prävention notwendig. - dann unerheblich</p> <p>keine</p> <p>Durch die Zunahme des Verkehrsaufkommens wird die Notwendigkeit gesehen, sowohl die Baustrukturen, als auch die verkehrliche Erschließung auf die lufthygienischen Erfordernisse abzustimmen. Es wird als notwendig betrachtet, die Einhaltung des gesetzlichen Grenzwertes für NO2 im Plangebiet und dessen Umfeld gutachterlich nachzuweisen.</p> <p>Verschiebung zum Stadtrandklimatop, Luftaustausch wird durch zu erwartende Bebauung behindert, insgesamt jedoch voraussichtlich geringe Auswirkungen. Eine offene nicht zu dichte Bebauung im nachgelagerten Verfahren wird empfohlen.</p> <p>Neben der gewerblichen und verkehrlichen Grundbelastung ist von einer Zunahme des Verkehrsaufkommens und damit einhergehenden erheblichen Auswirkungen auszugehen. Empfehlungen zu Lärmschutzmaßnahmen im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren tragen zu einer Minderung der Auswirkungen bei und sind zu berücksichtigen.</p> <p>keine Auswirkungen</p>	<p>erheblich</p>
--	--	---	------------------

	<p>Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso III- Betriebes.</p> <p>Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der Abstandsklassen I-IV gemäß Abstandserlass 2007.</p> <p>Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen:</p> <p>Erschütterungen: keine Hinweise</p> <p>Licht: keine Hinweise</p> <p>Geruch: keine Hinweise</p> <p>Elektromagnetische Felder: Im Osten des Änderungsbereiches verläuft in einem Abstand zwischen 65 - 120m von der geplanten Wohnbaufläche eine 380 kV- Höchstspannungsfreileitung.</p> <p>Sonstiges: südöstl. verläuft Bahndamm, stellt Riegel dar</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Es entsteht eine neue schutzwürdige Nutzung. Der Abstand von 400 m Abstandes gemäß Grundsatz 8.2-3 des LEP wird unterschritten; der gesetzl. Abstand gemäß 26. BImSchV von 40 m von der Leitungsmittellinie wird eingehalten bzw. überschritten. Von einer erhöhten Gesundheitsgefahr ist nicht auszugehen, daher unerheblich</p> <p>Isolierung, Abgrenzung zum angrenzenden Wohngebiet - Durchführung ermöglichen</p>	
Fazit	Hinsichtlich umzusetzender Maßnahmen zur Sicherung oder Sanierung der Bodensituation ist für das Schutzgut Mensch und Gesundheit keine Beeinträchtigung zu erwarten. Aufgrund der Einwirkungen hier durch Straßen- u. Gewerbelärm auf die menschliche Gesundheit erfolgt eine Einstufung der Umweltauswirkungen für das Schutzgut insgesamt als erheblich.		
Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe	<p>Kulturgüter</p> <p>rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine</p> <p>Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine</p> <p>Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine</p> <p>Kulturlandschaftsbereich: kein Bereich / kein Element</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich

	Sachgüter Gebäude und Hallen im südlichen Bereich des Geländes	Überplanung und Verlust der bestehenden Gebäude	
Fazit	Die Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter/Kulturelles Erbe werden trotz des Verlustes der bestehenden Anlagen als nicht erheblich eingestuft.		
Natura 2000 / FFH-Prüfung	nicht betroffen oder beeinträchtigt		nicht relevant
Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen	Prüfung Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso III- Betriebes. Leitungstrassen gem. Rohrfernleitungsverordnung: keine Relevanz Hochwassergefährdung: keine Erdbebengebiet: der Änderungsbereich liegt außerhalb von Erdbebenzonen		nicht relevant
Fazit	Zur Zeit sind keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich		
Wechselwirkungen und kumulative Auswirkungen	Aus der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern ergeben sich keine zusätzlichen Gesichtspunkte für die Bewertung der Umweltauswirkungen. Kumulative Wirkungen durch sonstige Planungen im engen räumlichen Zusammenhang werden im nachgelagerten Verfahren geprüft.		
Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung	Bei Nichtdurchführung der Planung ist ein Erhalt des bestehenden Zustands zu erwarten. Der derzeitige Umweltzustand wie für die einzelnen Schutzgüter beschrieben, bliebe damit weitgehend erhalten.		
Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich	Maßnahmenempfehlungen für nachgelagerte Verfahren: - Erhaltungsgebote für Gehölze und Festsetzung von Grünflächen - Festsetzungen zu Dach- und Fassadenbegrünungen - Prüfung evtl. Bodenbelastungen - Detailprüfung und vorkehrende Maßnahmen zum Überflutungsschutz bei Starkregenereignissen (Regenwasserabkopplung, Flächenfestsetzung für die oberirdische Sammlung und Ableitung des Regenwassers) - Prüfung von energetischen Optimierungen gemäß Leitfaden - Durchgrünung und Durchwegung der Wohnbaufläche - Prüfung der Eingriffsregelung und/oder Ersatzpflanzungen nach Baumschutzsatzung der Stadt Essen und LFoG NRW - Schallschutzgutachten und Lärmschutzmaßnahmen Die Lärmproblematik ist auf der B-Plan-Ebene durch folgende Maßnahmen lösbar: z.B. architektonische Selbsthilfe, Zonierung / Gliederung der Baugebiete, aktiver und passiver Lärmschutz.		
Alternativenprüfung	In der Vergangenheit wurden bereits vor dem Hintergrund der Flächenmobilisierung von potenziellen Standorten für Flüchtlingsunterkünfte erste Prüfungen für eine grundsätzliche Eignung des Standortes zu Wohnzwecken durchgeführt, die im Jahr 2016 / 2017 zur Entwicklung eines dauerhaften Wohnstandortes konkretisierend fortgeführt wurden. Die Wohnbauentwicklung stellt eine aufgrund der angrenzenden Lage zum Wohnquartier an der Bäuminghausstraße sowie der Nähe zu den Einzelhandelseinrichtungen an der Hövelstraße sinnvolle und im Sinne einer Nachverdichtung städtebaulich verträgliche Folgenutzung für den Standort dar. Wegen der Nähe zum angrenzenden Gewerbepark M1 wäre alternativ auch die Entwicklung zu einer Gewerblichen Baufläche (GIB) denkbar. Der Bedarf an Wohnbauflächen in siedlungsräumlich integrierter Lage wird jedoch in diesem Fall höher gewichtet. Eine alternative Freiraumnutzung wäre vor dem Hintergrund des bereits beschriebenen erheblichen Bedarfs an Wohnbauflächen in der Stadt Essen an dieser Stelle wenig sinnvoll und widerspräche auch den planerischen Vorgaben einer vorrangigen Wiedernutzung von Brachflächen im Sinne eines schonenden Umgangs mit Grund und Boden. Um eine Inanspruchnahme von Freiraum an anderer, funktionsfähiger Stelle zu vermeiden bzw. zu verringern, ist die Entwicklung zur Wohnbaufläche vorzuziehen.		

Monitoring	<p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.</p> <p>Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung).</p> <p>Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.</p> <p>Der zweite Baustein nutzt die Abschtichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten. Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umweltauswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen. Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumbesichtigung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben. Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamtträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben. Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.</p>
Gesamtbeurteilung Fazit	<p>Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals intensiv genutzten und stark überformten Fläche einher. Aufgrund der Vorbelastung des Änderungsbereichs werden die zu erwartenden Auswirkungen auf die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“, „Fläche“, „Boden“, „Klima“ und „Kultur- und Sachgüter/Kulturelles Erbe“ als nicht erheblich eingestuft. Es bestehen im Plangebiet keine Schutzausweisungen des Natur- und Umweltschutzes, es werden keine Flächen mit freiraumtypischer Nutzung in Anspruch genommen. Entsprechend gutachterlicher Prüfung gibt es keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer Arten. In der Umgebung gelegene Schutzgebiete sind nicht durch das Vorhaben betroffen. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung oder Gefährdung durch Starkregenereignisse. Für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen sind zurzeit keine Risikofaktoren ersichtlich. Das Gelände ist heute weitestgehend unversiegelt. Eine Zunahme des Versiegelungsgrades wird mit dem Änderungsvorhaben planerisch vorbereitet. Aufgrund des zunehmenden Verkehrsaufkommens ist potenziell mit einer Zunahme der Emissionen mit Wirkung auf den Änderungsbereich und sein Umfeld zu rechnen. Auswirkungen auf die Schutzgüter „Wasser“, „Luft“ sowie „Mensch / Gesundheit / Bevölkerung“ werden daher als erheblich eingestuft. Im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren sind Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich der voraussichtlich erheblichen Beeinträchtigungen zu prüfen und zu sichern. Die Altlasten- und Bergbausituation muss nutzungsabhängig berücksichtigt werden. Änderungsbezogene Gutachten oder Studien wurden in der Bewertung der Umweltfolgen berücksichtigt.</p>
Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren /	<p>Es traten keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der umweltrelevanten Informationen auf.</p>

Bemerkungen / Sonstiges:	
-------------------------------------	--

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Mit dem Planvorhaben „RFNP-Änderung 40 E Bäuminghausstraße/Hövelstraße (Baggerübungsplatz)“ werden die planerischen Voraussetzungen für das nachgelagerte Bebauungsplanverfahren und die Neuentwicklung eines Wohnstandortes geschaffen. Die Umweltprüfung ermittelt und beschreibt die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen durch die vorgesehene Änderung im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP). Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden im Umweltbericht steckbriefartig dokumentiert und in die Begründung zur RFNP-Änderung eingefügt.

Der ca. 2,8 ha große Änderungsbereich liegt im Westen des Stadtteils Altenessen-Süd, Stadtbezirk V. Er wird im Norden begrenzt durch die privaten Grundstücke an der Hövelstraße, im Osten durch einen Bahndamm, im Süden durch die Bäuminghausstraße und im Westen durch den Gewerbepark M1. Bei der Fläche handelt es sich um das ehemalige Betriebsgelände des Wetterschachtes „Barbara“ der Zeche Vereinigte Helene und Amalie im Stadtbezirk Altenessen-Süd. Die baulichen Anlagen der ehemaligen Zeche wurden Ende der 1960er Jahren weitgehend zurückgebaut. Das bestehende Werkstattgebäude und die Nutzung der Fläche als Baggerübungsplatz wurde Anfang der 1970er Jahre in Betrieb genommen. Aufgrund dieser Nutzung ist das Gelände stark überformt und durch dauerhafte Geländeverschiebungen geprägt. Bauliche Anlagen bestehen noch im Südwesten des Grundstücks (u. a. Halle mit Werkstatt, Sozialbereich und Unterstellbereich für Geräte, Tankstelle). Innerhalb der Fläche sind nur vereinzelt Gehölzstrukturen vorhanden. Bei den randlichen Gehölzstreifen im Norden und Westen handelt es sich um Wald im Sinne des Landesforstgesetzes (LFoG NRW). An der nördlichen und östlichen Grenze wird das Grundstück von einer bis zu 3,50 m hohen Bruchsteinmauer als Stützwand gehalten, die das Gelände zu den angrenzenden, tiefer liegenden Nachbargrundstücken hin sichert. Der Änderungsbereich liegt an der Nahtstelle von Wohnen und Gewerbe. Östlich und südlich schließt ein Wohnsiedlungsbereich mit überwiegend viergeschossigen Mehrfamilienhausstrukturen an die Bäuminghausstraße und die Kleine Hammerstraße an. Der Siedlungsbereich ist durch großzügige Kleingartenstrukturen im rückwärtigen Bereich der Blockrandbebauungen geprägt. Über die Bäuminghausstraße und die Kleine Hammerstraße ist der Änderungsbereich verkehrlich an die nächsten Hauptverkehrsstraßen Gladbecker Straße und Berthold-Beitz-Boulevard angebunden. Westlich befindet sich das Gewerbegebiet M1 mit großflächigen Hallengebäuden. Nördlich der Fläche grenzt ein heterogen strukturiertes Quartier an der Hövelstraße mit Wohnen, Dienstleistung, Kleingewerbe und Einzelhandels-Nahversorgungseinrichtungen an. Es ist über einen schmalen Fuß-/Radweg, der auf der östlichen Seite des Änderungsbereichs verläuft, zu erreichen. Der südöstlich an den Änderungsbereich angrenzende verlaufende Damm einer ehemaligen Bahntrasse, ist zukünftig für den Ausbau eines Grünzuges mit Rad- und Fußweg vorgesehen, der sich von der Rheinischen Bahn (Radschnellweg Ruhr / RS1) bis zum Bahnhof Altenessen erstrecken wird.

Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan auf der Ebene des Flächennutzungsplans als „Grünfläche“ dargestellt. Auf der Regionalplanebene stellt der RFNP den Änderungsbereich als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ dar. Die Darstellung wird in „Wohnbaufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich“ geändert. Für den Änderungsbereich liegt bisher kein rechtskräftiger Bebauungsplan vor.

Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals intensiv genutzten und stark überformten Fläche einher. Aufgrund der Vorbelastung des Änderungsbereichs werden die zu erwartenden Auswirkungen auf die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“, „Fläche“, „Boden“, „Klima“ und „Kultur- und Sachgüter/Kulturelles Erbe“ als nicht erheblich eingestuft. Es bestehen im Plangebiet keine Schutzausweisungen des Natur- und Umweltschutzes, es werden keine Flächen mit freiraumtypischer Nutzung in Anspruch genommen. Entsprechend gutachterlicher Prüfung gibt es keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer Arten. In der Umgebung gelegene Schutzgebiete sind nicht durch das Vorhaben betroffen. Auch die Auswirkungen auf das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter/Kulturelles Erbe“ werden als nicht erheblich eingestuft. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung oder Gefährdung durch Starkregenereignisse. Für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen sind zurzeit keine Risikofaktoren ersichtlich. Das Gelände ist heute weitestgehend unversiegelt. Eine Zunahme des Versiegelungsgrades wird mit dem Änderungsvorhaben planerisch vorbereitet. Aufgrund des zunehmenden Verkehrsaufkommens ist potenziell mit einer Zunahme der Emissionen mit Wirkung auf den Änderungsbereich und sein Umfeld zu rechnen. Auswirkungen auf die Schutzgüter „Wasser“, „Luft“ sowie „Mensch / Gesundheit / Bevölkerung“ werden daher als erheblich eingestuft. Im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren sind Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich der voraussichtlich erheblichen Beeinträchtigungen zu prüfen und zu sichern (z.B. Erhalt von Gehölzflächen, Pflanzgebote, Überflutungsschutz, Regenwasserabkopplung, energetische Optimierung, Verkehrsgutachten). Änderungsbezogene Gutachten oder Studien wurden in der Bewertung der Umweltfolgen berücksichtigt. Bei Nichtdurchführung der Planung ist ein Erhalt des bestehenden Zustands zu erwarten. Der derzeitige Umweltzustand wie für die einzelnen Schutzgüter beschrieben, bliebe damit weitgehend erhalten.

Stand: 14.06.2021

Referenzliste der für den Umweltbericht herangezogenen Quellen (BauGB Anlage 1 Nr.3 Buchstabe d)

Gesetzliche Grundlagen / Verordnungen / Erlasse / Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)
- Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)
- Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW)
- Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)
- Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG NW)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz)
- Wassergesetz für das Land Nordrhein- Westfalen (Landeswassergesetz – LWG)
- Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Umgebungslärmrichtlinie
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)
- Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Störfallverordnung – 12. BImSchV)
- Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV)
- Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)
- Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung)

Sonstige Datenquellen

- Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen:
 - Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen im Maßstab 1:50.000 (BK 50)
 - Digitales Informationssystem Bodenkarte, Karte der schutzwürdigen Böden (aktueller Stand)
 - Geotop-Kataster NRW
 - Karte der Erdbebenzonen

- LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW),
 - Biotopkataster (aktueller Stand)
 - Erhaltungszustand und Populationsgröße der Planungsrelevanten Arten in NRW (aktueller Stand)
 - Fachbeitrag des Naturschutzes zum RFNP, Themenkarte Freiraum- und Biotopverbund (2009)
 - Fachinformationssystem (FIS/diverse Themen): <https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/daten-und-informationsdienste/infosysteme-und-datenbanken>
 - Belastungskarte Ruhrgebiet (2010)
 - Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Stadtgebiet Essen (Stand 2019)
- Regionalverband Ruhr (RVR)
 - Regionale Klimafunktionskarte, RVR (RFNP Themenkarte, Dezember 2009)
 - KlimaFIS
 - Handbuch Stadtklima (2010)
 - Realnutzungskartierung (2015)
 - Atlas der Industriekultur Ruhrgebiet (2005)
 - Emscher Landschaftspark 2010/2020+ (2005 / 2014)
- LVR / LWL (Landschaftverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
 - Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr, (2014)
- EmscherGenossenschaft
 - Grundwassermodell (2012)
- Regionaler Flächennutzungsplan Städteregion Ruhr (RFNP), Mai 2010, (zuletzt geändert 17.02.2020)
- Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten: <https://www.flosm.de>
- Stadt Essen
 - Kataster über Altlasten und Flächen mit Bodenbelastungsverdacht der Stadt Essen (aktueller Stand)
 - Landschaftsplan der Stadt Essen (April 1992, zuletzt geändert Juli 2015)
 - Eingriffs- und Ausgleichskataster der Stadt Essen (aktueller Stand)
 - Gutachten zur Verträglichkeit von Störfallbetriebsbereichen im Stadtgebiet Essen unter dem Gesichtspunkt des § 50 BImSchG bzw. der Seveso-III-Richtlinie (Artikel 13), (Oktober 2015)
 - Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Essen (2009)
 - Stadt begegnet Klimawandel – Integrierte Strategien für Essen (Juni 2014)
 - Klimaanalyse Stadt Essen (2002)
 - Überflutungskarte (bezogen auf ein 100jähriges Regenereignis) des Fachbereichs Wasser; Hochwasserrisikokarte

Gutachten

- Artenschutzprüfung, Stufe I - Vorprüfung auf dem Betriebsgelände des Bauindustrieverbandes NRW e.V. Bäuminghausstraße 164 in 45326 Essen, Landschaftsplanung - Osnabrück Volpers & Mütterlein GBR (12/2017)
- Landschaftspflegerischer Fachbeitrag mit integrierter Artenschutzprüfung zum Bebauungsplan „Bäuminghausstraße / Hövelstraße“ der Stadt Essen, umweltbüro essen, Bolle und Partner GbR (März 2021)

- Gefährdungsabschätzung der AEW Plan GmbH, Köln, (Dezember 1990)
- Bewertung von Grund und Boden aus geotechnischer und umwelttechnischer Sicht, Barbara-Gelände des ABZ, Bäuminghausstraße 164, 45239 Essen, Erdbaulaboratorium Essen (ELE), (13.05.2016)
- Versickerung von Niederschlagswasser, Barbaragelände des ABZ, Bäuminghausstraße 164, Essen, Erdbaulaboratorium Essen (ELE), (Ergänzung vom 24.02.2020)
- Stellungnahme der Bezirksregierung Arnsberg zur bergbaulichen Situation (21.12.2012)
- Markscheiderische Stellungnahme, Barbara-Gelände des ABZ, Bäuminghausstraße 164 Essen, Erdbaulaboratorium Essen (ELE), 04.02.2016
- Schacht Barbara, Bäuminghausstraße 164 in 45326 Essen, Abschlussbericht über die durchgeführte Sanierungsmaßnahme, Gutachterbüro Raabe (23.11.2016)
- Verkehrsuntersuchung für ein geplantes Bauvorhaben auf dem Barbaragelände an der Bäuminghausstraße in Essen, RK GmbH (31.10.2017)
- Verkehrsuntersuchung für ein geplantes Bauvorhaben auf dem Barbaragelände an der Bäuminghausstraße in Essen, ergänzende Untersuchung, RK GmbH (22.03.2019)
- Verkehrsuntersuchung für ein geplantes Bauvorhaben auf dem Barbaragelände an der Bäuminghausstraße in Essen, 2. ergänzende Untersuchung, RK GmbH (09.03.2021)
- Bewertung der schalltechnischen Randbedingungen für die Projektentwicklung Barbaragelände in Altenessen, Peutz Consult (5/2017)
- Schalltechnische Untersuchungen zum Bebauungsplan Nr. 21/18 – „Bäuminghausstraße / Hövelstraße (Baggerübungsplatz)“ der Stadt Essen, Peutz Consult (09.03.2021)
- Markt- und Standortanalyse Barbara-Gelände in Essen-Altenessen, InWIS-MSA-L (10.05.2017)